

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Pettzeile 20 Pfg.
Gericht: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 282.

Montag, den 2. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Gärung und Klärung.

In Berlin verlagerten sich die Gegensätze unter den Gruppen und Parteien der Revolution. Die Gärung wächst. Auch in der Regierung wirkt sie, aber bestiger in den USA.

Die Männer der Regierung sind fast alle seit Jahren im ganzen Reiche bekannt. Überall weiß man, wer Ebert, wer Scheidemann, wer Haase ist. Man sieht ihre Persönlichkeiten wohl durch Parteibrillen, aber man macht sich doch ein Bild von ihnen. Anders die Führer in den USA. Von ihnen weiß und kennt man nichts. Die Umwälzung hat sie aus dem Licht gehoben, ihnen Macht und Einfluß gegeben. Was ist natürlicher, als daß da erst eine Periode der Gärung einsetzt, daß nur durch sie eine Klärung herbeigeführt werden kann?

Von diesem gährenden Most haben die letzten Versammlungen der Soldatenräte Proben geliefert. Schmeckhaft sind sie nicht. Im Lande wird man die Berichte mit Unwillen lesen, und dieser Unwille richtet sich gewiss gegen die Hauptstadt, in der so viel Spektakel gemacht wird.

Berlin ist nirgends beliebt, vor allem in Süddeutschland nicht. Sogar in der Mark Brandenburg herrscht eine alte Abneigung gegen den Berliner; er gilt überall als ein Kerl, der den Mund sehr voll nimmt und sich für einen Ausbund von Gelehrtheit hält. Dies Urteil — vorurteil — gegen den Berliner ist so einseitig wie möglich — er ist nämlich vor allen Dingen fleißig. Berlin ist die fleißigste Stadt der Welt; in ihr wird viele und gute Arbeit geleistet. Aber Berlin ist eine Millionenstadt; sie kann nicht so ruhig und behaglich sein und leben wie eine Kleinstadt, in der jedermann der Nachbar aller anderen ist, das Leben sich in den einfachsten Beziehungen abspielt.

Es ist nicht ganz so schlimm in Berlin wie es nach den Versammlungsberichten scheinen muß. Vor allem ist es nicht so, wie einige militärische Stellen angeben, daß in Berlin Anarchie herrsche, zu deren Unterdrückung man Freiwilligenkorps bilden will. Von Anarchie kann jetzt nicht mehr die Rede sein, nicht einmal von Unordnung. Das Leben spielt sich in der Hauptstadt jetzt so geordnet ab wie nur jemals. Die Gärung beschränkt sich durchaus auf den Streit der politischen Meinungen in den Versammlungen der USA. Diese haben gewiss eine große Macht in der Hand, und was in ihnen vorgeht, darf nicht unterschätzt werden. Man soll es aber auch nicht überschätzen.

In der Regierung schreitet die Klärung fort. Je absurder der Most in den Räten gärt, desto stärker wird die Stellung der Regierung, in der Erfahrung und Einsicht ihren alten Rang als vorzügliche Richtmittel bewahren. Während in den USA harte Worte gewechselt werden, bringt die neue Regierung die neue Maschine in Gang, arbeitet sie und bewältigt sie die Riesenaufgaben, die ihr aufgebürdet sind. Es wird bald Wahlen geben, und dann hören die Provokationen auf.

Gefährlicher als die Redeschlachten in Berlin sind ihre Wirkungen auf Leute, die gern Anarchie wittern und dann als Retter auftreten möchten. In solchen Leuten fehlt es nicht. In der heimkehrenden Frontarmee gibt es Truppenteile, die von der Umwälzung in Deutschland erst etwas erfahren, wenn sie über die Grenze kommen. Solch ein Truppenteil hat einige Mitglieder eines USA erschlagen, die Befehle der neuen Gewalt überbrachten und sie ausführen wollten. Dieser Vorgang ist zwar eine Ausnahme, und die erschlagenen Delegierten waren noch dazu Opfer ihrer eigenen Ungeschicklichkeit. Aber wenn es richtig ist, daß für ein Freiwilligenkorps zur Unterdrückung der „Anarchie“ gewonnen wird, dann droht von der heimkehrenden Front und ihrer Unhängbarkeit eine neue Gefahr.

Mit ihr zusammen trifft die Neigung zur Separation. Die Süddeutschen wollen das bisherige politische Übergewicht des preussischen Ostens aus der Welt schaffen, und dies Verlangen wäre selbst dann natürlich, wenn nicht die Angliederung Deutsch-Osterreichs und der Verlust preussischen Gebietes im Osten das Gewicht der Nation nach Süden verlagern. Berlin wird nicht in dem Maße wie bisher der Mittelpunkt des Reiches bleiben können. Vielleicht wird es schon nicht mehr der Ort der verfassunggebenden Versammlung sein.

Auch diese Verdrängung der Kräfte und Gewichte kann nicht ohne gärende Übergangserscheinungen vor sich gehen. Aber die erste Nationalversammlung wird bald Klarheit schaffen wenigstens darüber, ob alle Teile des Reiches aufeinander angewiesen sind, einander stützen und stützen müssen, wenn sie nicht alle in die Ohnmacht der Kleinstaaterei versinken wollen.

Die gefährlichste Separationskraft ist die im Rheinland. In Berlin gehen sonderbare Gerüchte um über Verhandlungen, die von hochmütigen Rheinländern mit Paris geführt werden. Was an diesen Gerüchten wahr ist, kann nicht aufgeföhrt werden, aber sie sind nicht ohne Grund.

Nationalversammlung und Friedenskongreß werden uns aus dem Zustande der Gärung zur Klarheit bringen. Die Verhandlungen über den Vorfrieden werden bald ihren Anfang nehmen. Wilson schickt sich nach Europa ein, wird vielleicht schon die nächste Woche in der alten Welt an Land gehen. Dann leuchtet sich auch der Zustand des Übergangs, des Waffenstillstandes, der uns in die Hand siegestrunkenen Generale gelegt hat.

Also: die Dinge sind innerlich nicht so arg, wie es von außen scheinen kann. Der Wirrwarr tobt sich mehr in Worten aus; — die Tatsachen wirken jetzt anders. Sie nehmen eine harte Wendung zur Aufhellung und Befestigung. Die Rolle der neuen Arie Deutschlands, Nationalversammlung und Friedenskongreß, treten aus dem Ungewissen hervor und werden bald unser öffentliches Leben bestimmen.

Für die Nationalversammlung.

Beschluß der Reichstagsfraktion.

Berlin, 29. November.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei hat einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Partei seit einem halben Jahrhundert für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen gekämpft hat. Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausdrückt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis aufs Letzte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eigenen Willen begünstigen zu können. Die sozialdemokratische Partei fordert die schnellste Einberufung der Nationalversammlung; sie ist jeden Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben und erwartet mit Zuversicht sein Urteil. In der gleichen Sitzung wurde auch darauf hingewiesen, daß Bestrebungen im Gange seien, eine Regierung Haase-Liebnecht zu bilden.

Wie in Berlin bekanntgegeben wird, sind sämtliche Funkstationen von „unabhängigen“ besetzt, die der Spartakusgruppe nahe stehen. Sie verbreiten Nachrichten, die ihren eigenen Wünschen und Interessen entsprechen. Die Presse des In- und Auslandes wird davor gewarnt, diesen Nachrichten Glauben zu schenken. Die Regierung lehnt jede Verantwortung für diese Redaktionen ab.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) angenommen. Das Wahlrecht wird den Grundgesetzen des Reichs vom 12. November 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung der Friedensverträge vorgegriffen wird, in 38 Verhältniss-Wahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6—16 Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen am 16. Februar 1919 stattfinden. Das Reichswahlgesetz und die dazu gehörige Wahlordnung werden im Reichsgesetzblatt verkündet werden.

Die Friedenskonferenz in Paris.

Bemühungen des Papstes.

Paris, 29. November.

Die Friedenskonferenz soll nun doch, wie die französische Presse bestätigt, in Paris im Ministerium des Auswärtigen und nicht in Versailles tagen. Wilson und Lloyd George treffen gleichzeitig dazu ein.

Bei Zusammentritt der vorbereitenden Sitzung werden die Delegierten einen Anschlag erkennen, der die verschiedenen Fragen im einzelnen zu studieren und der Konferenz vorzulegen hat, deren Beschlüsse endgültigen Charakter haben werden. Die Kardinalen Gibbons und Mercier haben Wilson gebeten, einen Vertreter des Papstes zuzulassen, da die Konferenz aufgefordert werden solle, auch die römische Frage zu regeln.

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Was Staatssekretär a. D. Zimmermann sagt.

Der beim Kriegsausbruch als Unterstaatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt tätige spätere Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann, der in dem durch Eisner veröffentlichten Schriftstück mehrfach genannt wird, sagt in einer Erklärung, es sei schon zur Zeit des Nordes von Seraiwos allgemein bekannt gewesen, und später durch aufgefundenen Dokumente belegt worden, daß Rußland schon seit Jahren Serbien den Erwerb österreichisch-ungarischen Gebietes zugesichert hatte.

Dagegen hätte Österreich-Ungarn sich wenden und eine Neuordnung des Balkan anstreben müssen unter Heranziehung Bulgariens an den Dreibund. Diese Sachlage wurde erläutert in einer Denkschrift und einem Handschreiben Kaiser Franz Josephs, die am 6. Juli an Kaiser Wilhelm Kaiser übergeben wurden. Das sei die einzige Tatsache, die den Anlaß zur Legende vom Völkdammer Kronrat gegeben habe. In der Antwort wurde eine Stellungnahme Deutschlands zur serbischen Frage abgelehnt, aber betont, daß Deutschland seinem Bündnis mit Österreich-Ungarn treu bleiben werde. Deutschland habe also weder zugeredet noch angelacht und erfahre den Inhalt des ausschlaggebenden Ultimatums an Serbien erst später.

Der Fall Eisner.

Clemenceau streitet alle Beziehungen ab.

Berlin, 29. November.

Clemenceau, auf dessen Autorität sich der bayerische Ministerpräsident Eisner bei seinen Veröffentlichungen über die Schuld am Kriege und seinen Abfall von Berlin mehr oder minder deutlich stützte, will von nichts wissen und behauptet, weder mit Eisner noch mit seinem Vertreter Professor Foerster in Bern jemals in Beziehungen getreten zu sein. Das französische amtliche Bureau Davos schreibt:

Paris, 29. November.

Aus Berlin wird berichtet, daß die Wilhelmstraße in die Münchener Veröffentlichung über die Geschichte der Kriegsentstehung sei von dem bayerischen Vertreter in Bern, Professor Foerster, veranlaßt worden, der auf den Rat eines Vertreters Clemenceaus seine Regierung gebeten habe, die erwähnten Urkunden zu veröffentlichen, da dies dazu dienen könne, den Friedensschluß schneller herbeizuführen. Die Agence Havas kann demgegenüber erklären, daß diese Meldung reine Phantasie ist. Niemals hat Clemenceau in irgendeinem Augenblick oder in irgendeiner Form Beziehungen mit amtlichen oder halbamtlichen Agenten Norddeutschlands oder Süddeutschlands gehabt. Reiner von ihnen kann von der französischen Regierung beeinflusst sein.

Im übrigen wollen Münchener gutunterrichtete Leute wissen, daß Eisners Vorgehen durchaus nicht den Befehl der überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes besitze, ja selbst in München nur eine kleine Minderheit hinter sich habe, so daß die Dauer seiner jetzigen Machtpositionen durchaus nicht auf sicherer Grundlage stehe.

München soll Vorort von Deutschland sein.

In einer Unterredung mit dem Vertreter eines Berliner Blattes äußerte sich Eisner, aus dem Konflikt mit Goll und Erzberger wolle er alle Konsequenzen ziehen, bis zum selbständigen Vorgehen Bayerns. Der ganze Süden nebst Rheinland und Westfalen stünde sofort auf seiner Seite, wenn es gegen die Berliner Methode gehe. Und in einer Sitzung des bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates sagte der Ministerpräsident, die Berliner Regierung repräsentiere jetzt die Gegenrevolution, die er mit seiner Veröffentlichung über die Schuld am Kriege in die Luft zu sprengen versucht hätte. Eisner fuhr fort:

Die Presse ist angefüllt über die Absichten der Entente, hier oder dort in Deutschland mit Truppenmacht einzurücken. Das alles ist, wie ich authentisch sagen kann, erlogen und erfunden. Heute wurde ich vom Hauptquartier angetelephoniert. Es ist festgestellt worden, daß auch jede Rundgebung, die den Namen Hindenburg trägt, wenn nicht von dem Auswärtigen Amt diktiert, so doch veranlaßt worden ist. Was Berlin tut, ist, daß die Massen sich rühren und eine vertrauenswürdigere Regierung schaffen. Bis dahin wird München vorläufig der Vorort von Deutschland sein. Wir können uns nicht mehr dem verbrecherischen Wirken einer kleinen Herde von Männern ausliefern, die um ihre Erlösung bitten.

Kurt Eisner schloß mit einem Appell an die Entente, betonte die Unmöglichkeit, die Produktion in dem Augenblick zu vergrößern, wo sie völlig gerätet sei. Wenn es nicht anders möglich sei, müsse der Frieden für ganz Deutschland von Bayern aus erlangt werden.

Bayerische Bevollmächtigte zum Friedenskongreß.

Gang, 29. November.

„Morning Post“ meldet, die neue bayerische Regierung habe bereits am 24. November bei der Entente anfragen lassen, wie sie sich zur Entsendung besonderer Bevollmächtigter Bayerns zur kommenden Friedenskonferenz stelle.

Bleibt Dr. Goll im Amt?

Berlin, 29. November.

Die Nachricht, daß Goll seine Demission eingereicht hätte, ist unrichtig. Sollte er schließlich gleichwohl gehen, so wäre das keinesfalls aus dem Eisnerischen Vorgehen, sondern auf seinen Gegenstand zu Daase zurückzuführen, den dieser bereits auf der Reichskonferenz erwähnt hat. Sämtliche Beamte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes haben sich mit Staatssekretär Goll solidarisch erklärt. Sie glauben, zweckmäßig nur weiterarbeiten zu können, wenn eine einheitliche Reichspolitik getrieben wird, die repräsentative Nationalversammlung baldigst auftritt und unverantwortliche Kreise nicht länger die deutsche auswärtige Politik führen.

Ordnung und Zusammenhalten!

Hindenburg an das Feldheer.

Generalfeldmarschall Hindenburg warnt in einem Erlaß an das Heer vor jeglicher Unordnung und betont, daß Ordnung und Zusammenhalten jetzt das wichtigste sei. Laßt euch nicht verführen, so sagt er, vorzeitig und eigenmächtig euren Truppenteil zu verlassen. Gegenwärtig euch selbst, zu welchen Schwierigkeiten bei Unterbringung und Verpflegung sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von euch regellos nach Hause strebt.

Hoch droht mit dem Abfall Rheinlands.

Daß auf Seiten der Feinde das Bestreben vorhanden ist, den Waffenstillstand auf irgendeine Weise zu brechen, ist unverkennbar. Darüber wird von gutunterrichteter Seite gemeldet:

Berlin, 29. Nov. Hier sind Gerüchte verbreitet, Marschall Hoch beabsichtige, den Waffenstillstand schon in nächster Zeit zu kündigen, nach anderen Gerüchten soll die Kündigung schon erfolgt sein. Daß eine solche Gefahr besteht, kann nicht geleugnet werden. Von bestimmten Absichten, oder von einer bereits erfolgten Kündigung der Abmachungen ist amtlich nicht das mindeste bekannt. Gerücheweise verlautet übrigens, daß bereits feindliche Offiziere versucht haben oder versuchen, sich mit den Behörden und sonstigen Instanzen im Rheinland und in der Pfalz in Verbindung zu setzen, um ihnen den freiwilligen Anschluß an Frankreich anzubieten und zu empfehlen.

Ganz leicht dürfte Hoch das doch nicht fallen. So fand in Trier eine von Tausenden besuchte Versammlung statt, die sich zu einer vaterländischen Kundgebung gestaltete. Es wurde zunächst ein treues Festhalten an Deutschland und dem Deutschen Reiche gelobt, auch in den Tagen der vaterländischen Not. Der Gedanke an eine Trennung wurde mit Entschiedenheit abgelehnt. Auch

Der Vertreter der Sozialdemokratie gab der Forderung Ausdruck, daß das Rheinland deutsch bleiben müsse.

Kachen geräumt.

Mit Ausnahme eines Feldlazarets haben nunmehr unsere Truppen die alte deutsche Grenzstadt Kachen geräumt. Alle Schwierigkeiten wurden trotz der Kürze der Zeit überwunden, ohne daß die Ordnung gestört wurde. Über der ganzen Stadt Kachen liegt eine schwergedrückte Stimmung. Die Ungewißheit über die neuen Herren bringt Nervosität in die Familie. Die bange Sorge um die geschäftliche und wirtschaftliche Zukunft der betrieblamen und reichen Stadt lastet gewaltig auf allen Gemütern. Die Sorge ist nicht ganz unbegründet, denn die Feinde haben eine schwere Hand. Nach Meldungen aus anderen besetzten Städten sind dort alle AER aufgelöst worden. Der Achtstundentag wurde beseitigt. Beginnende Streiks wurden damit beantwortet, daß man die Fabriken und Werkstätten militärisch besetzte. Das Tragen der deutschen Uniform ist den vom Heere Entlassenen nur gestattet, wenn alle militärischen Abzeichen entfernt sind. Die Metallknöpfe müssen durch Zivilknöpfe ersetzt werden, und selbst von der Hosennaht muß die rote Biele verschwinden, wenn ihr Träger nicht der Internierung verfallen will. Vor allem aber ist die Militärmäße verpönt.

Waffenstillstand und Rückmarsch.

Die Verhütung der Räumungsfrist.

Köln, 30. Nov. Die Prähabteilung des Gouvernements teilt mit: Nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt der Verband, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember, 6 Uhr vormittags den Rhein überschritten haben.

Nach dem „New York Herald“ vollzieht sich die Befegung des deutschen Gebiets folgendermaßen: Der Vormarsch beginnt am Sonntag, den 1. Dezember. Die Belgier besetzen das Gebiet bis Düsseldorf, von der holländischen Grenze bis zum englischen Abschnitt. Die Engländer besetzen den Brückenkopf Köln und das Hinterland vom Rhein bis zur belgischen Grenze. Die Amerikaner besetzen den Brückenkopf Koblenz und das Gebiet nach Westen bis zur luxemburger Grenze. Die Franzosen besetzen den Brückenkopf Mainz und das Gebiet des linksrheinischen Hessens sowie der Pfalz. Der Vormarsch verläuft in vier Zonen. Jedesmal, wenn die Verbündeten in eine dieser Zonen einrücken, müssen die deutschen Truppen die nächste Zone verlassen, so daß keinerlei Verwicklung zwischen den beiderseitigen Truppen erfolgt. Für die Räumung jedes Abschnitts ist ein Zeitraum von vier Tagen vorgegeben. Am 1. Dezember, wo die Verbündeten die deutsche Grenze überschreiten, müssen die deutschen Truppen hinter der Linie Düsseldorf, Düren, Mültenborn, Bernkastel, Kaiserslautern, Speyer stehen. Am 5. Dezember müssen sie sich östlich von Remagen, Kochem, Gelsenheim, Mörsstadt, Worms befinden, während die Verbündeten den vorherliegenden Abschnitt ausgefüllt haben. Am 9. Dezember muß das ganze linke Rheinufer geräumt sein. In der Zeit vom 9.—13. Dezember muß auch die 30-Kilometer-Zone um Köln, Koblenz und Mainz und die 10-Kilometer breite neutrale Zone geräumt werden. Am 13. Dezember rücken dann die Verbündeten in die Brückenköpfe ein.

Die Lage der Ostfront.

Berlin, 29. Nov. Die Delegation der Ostfront zieht sich veranlaßt, bezugnehmend auf die Erklärungen des Vorsitzenden des Volksrats Molkenbühr über die Lage der Ostfront folgendes mitzuteilen:

Die Lage der Ost- und Madenien-Armee ist keine verzweifelte, sofern die Ordnung in der Heimat aufrecht erhalten bleibt. Im Osten erfolgt der Abtransport mit allen Kräften. Die Bahnen sind im vollen Betrieb. Wesentliche Menschenverluste dürften nicht zu erwarten sein. Bandenkämpfe mit der einheimischen Bevölkerung finden nur in geringem Maße statt und bieten bei der mangelhaften Bewaffnung der Banden und der Organisation unserer Truppen keine besorgniserregende Gefahr. Schwieriger ist nur die Lage der Kiew-Armee in der Ukraine,

deren Abtransport auf dem langen Schienenwege längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Lebensmittel sind dort in genügendem Maße vorhanden. Die in Berlin weilenden Vertreter der Kiew-Armee versichern, daß berechnete Hoffnungen bestehen, daß der Abtransport in völliger Harmonie mit der Bevölkerung vor sich gehen wird. Die Madenien-Armee muß wegen der völlig ungerechten Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen durch die Entente in Ungarn interniert werden. Solange Ordnung und Disziplin in der Armee herrschen, wird sie ungestört bis zum nahen Abschluß des Präliminarfriedens in Ungarn weilen können. Dann wird auch sie bis zum letzten Mann in die Heimat transportiert werden. Wenn also auch die Lage der Armee nicht völlig ungefährlich ist, so besteht doch die sichere Hoffnung, daß bis auf einzelne unvermeidliche Verluste auch der letzte Mann von Osten und Südosten wieder in die Heimat zurückkehren wird. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß die Organisation, die das Kriegsministerium zum Abtransport der Ostarmee vorbereitet, nicht durch Unruhen und Auflösung der Ordnung in der Heimat gestört wird. Aufrechterhaltung der Ordnung ist die erste und letzte Bedingung für die glückliche Heimkehr von fast einer Million Kameraden aus dem Osten und Südosten. Auflösung der Ordnung in der Heimat bedeutet Erhebung der Ketten, Finnen, Polen, Russen, Ukrainer und Rumänen gegen die im Osten stehenden deutschen Truppen. Halte Ruhe und Ordnung! Bewahrt die Einheit des Deutschen Reiches. Alle Eure Brüder werden zurückkehren!

Die Delegation der Ostfront: Dehne, Bergmann.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Erinnerung an den Kulturkampf.

Wir lesen in der Germania, dem führenden Zentrumorgan in Berlin:

Das preussische Ministerium „verfügt“ also schon heute, ohne sich um Gesetz und Recht, Volkswillen und Volksbestimmung, Überlieferung und Kultur im geringsten zu kümmern, daß die geistliche Disziplin aufgehoben ist und daß deren Befugnisse durch die Kreiskulturschulinspektoren zu übernehmen sind; schon am 31. Dezember, so befiehlt Herr Abolff Hoffmann, muß alles erledigt sein. Natürlich wird bald ein weiterer Erlass erscheinen, der den Religionsunterricht in der Schule untersagt. Das neue Kultusministerium ist nicht so geartet, daß es auf halbem Wege stehen bleibt.

Das gläubige Volk in Preußen, sowohl katholischen als protestantischen Bekenntnisses, kann sich nun keinerlei Täuschung mehr hingeben über das, was ihm die neuen Machthaber befehlen werden. Entschlossen wird es den ihm heute hinreichend deutlichen Treubruch aufgreifen. Es ist noch gar nicht lange her, da hat ein viel Gewaltigerer als Hoffmann und Baerisch geglaubt, mit dem Glauben von stark einem Drittel der Bevölkerung Preußens spielen zu können. Da ring es wie flammende Entzückung und heilige Begeisterung von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, überall wurden die Massen zur Verteidigung der Kirche aufgerufen, und Bismarck als bald, daß er den kürzesten sieben werde. Der eiserne Kanzler hatte wenigstens das Rechtsempfinden, seinen Kulturkampf mit dem Parlament durchzuführen. Abolff Hoffmann macht es ganz allein auf Grund der jetzt in Deutschland geltenden sozialistischen Diktatur. Und das nennt sich Demokratie oder Volksstaat!

Die Unnahgiebigkeit der Entente.

Aus dem Verhalten namentlich der französischen Vertreter bei der Waffenstillstandskommission in Spa wird immer deutlicher, daß der französische Oberbefehlshaber Foch nicht daran denkt, irgendwelche Milderungen in dem Waffenstillstandsvertrag einzutreten zu lassen, sondern es werden im Gegenteil fast täglich neue Forderungen gestellt, die mit dem ursprünglichen Waffenstillstandsvertrag nicht in Einklang zu bringen sind. Nach dem Vertrag sollten von Deutschland 5000 Lokomotiven geliefert werden. Ueber die Qualität der Lokomotiven war keinerlei Bestimmung getroffen. Nunmehr verlangt die Entente, daß Deutschland seine sämtlichen stärksten Lokomotiven ausliefern müsse, ein Verlangen, das technisch gar nicht durchführbar ist. Entgegen dem Waffen-

stillstandsvertrag werden die zurückgelassenen Kranken und Lazarettinsassen, die von deutschem Sanitätspersonal gepflegt werden sollten, zu Gefangenen gemacht, und es mehren sich die Klagen, daß in dem besetzten Gebiete demobilisierte, also Zivilpersonen, interniert worden sind. Dazu kommt weiter, daß die Alliierten der deutschen Reichsbank jeden Verkauf von Devisen, Effekten und Gold im Ausland verbieten wollen. Sie stützen sich dabei auf Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrags, in dem es heißt, daß während der Dauer des Waffenstillstandes keine öffentlichen Werte befreit werden dürfen, die den Alliierten als Sicherheit für die Deckung der Kriegsschäden dienen können.

Unter diesem Umstand ist es begreiflich, wenn Gerüchte entstehen, daß der Oberbefehlshaber Foch ein Ultimatum an Deutschland für strengste Durchführung des Waffenstillstandsvertrags gestellt habe. Diese Nachricht trifft nicht zu, aber sie ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Entente alles tut, um auch nachträglich noch die Waffenstillstandsbedingungen zu verschärfen.

Her mit der Nationalversammlung.

Der Vorwärts setzt sich in einem Zeitauflauf erneut mit der Spartakusgruppe aneinander, die sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung auskehrt, weil sie fürcht vor dem Volke habe. Das Blatt fährt fort:

Solche Furcht ist, wo sie besteht, immer begründet. Sie beruht auf einem untrüglichen Instinkt. Wenn eines Tages alle Männer und Frauen Deutschlands ihre Vertreter wählen, wird man ja sehen, was Spartakus hinter sich hat, und dann wird eine lang anhaltende befehlende Diktatur durch das deutsche Volk geben. So also sehen die aus, so viele sind es gewesen!

Kein Wunder also, daß sich Spartakus nach solchem Diktatursversuch nicht seht. Er liebt, trotz Ludendorff, die heroische Geste des Weltüberwältigers und hält sich keinen Augenblick bei der klügeligen Frage auf, mit welchem Recht ein Erbschleichen, das bei allgemeinen Volksabstimmungen noch kein Duzend Kandidaturen durchbringen könnte, die Herrschaft über das deutsche Volk beanspruchen darf.

Es ist Zeit, über solche Kinderreien zur Tagesordnung überzugehen. Die Nationalversammlung ist keine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit, und die Wahlen zu ihr dürfen keinen Tag länger hinausgeschoben werden als zur Überwindung der technischen Schwierigkeiten notwendig ist. ... Sollte also von anderer Seite der Versuch gemacht werden, den Termin der allgemeinen Volksabstimmung unnötig hinauszuzögern, so erwarten wir von unsern Genossen in der Regierung, daß sie rund und nett erklären: „Das machen wir nicht mit!“

Soldatenrat und Volksrat.

Berlin, 29. November.

Im Sitzungssaal des Reichstags fand gestern eine überaus zahlreiche besuchte Versammlung der Soldatenräte Groß-Preußens statt, zu der auch zahlreiche Abordnungen aus dem Reich erschienen waren. Die Stimmung war vom ersten Augenblick an sehr erregt, und das Mißverhältnis zwischen dem Volksrat und den Soldatenräten trat klar zutage.

Molkenbühr erstattete Bericht über die Tätigkeit des Volksrates und kam dabei auf die Stellung des Volksrates zu den Feldherren zu sprechen. Die Lage der Heerarmee sei einigermassen sicher. Dagegen ständen in Rußland 850.000 Mann, die die frühere Regierung so tief in Deutschland geschickt habe, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage an eine Rückkehr kaum gedacht werden könne. Die Madenien-Armee werde wahrscheinlich interniert werden, und was eine Internierung in der ungarischen Ebene im Winter bedeute, könne sich jeder selbst ausmalen. Unter großem Lärm der Volksversammlung erklärte Molkenbühr dann, daß sich bei der 8. Armee Freiwilligenkorps bilden, die dazu bestimmt seien, die in Berlin herrschende Anarchie zu unterdrücken.

Die Reichswehr dürfte nicht erschüttert werden, und Eisner habe in einer Sitzung des Volksrates erklärt, daß Bayern nicht daran denke, sich vom Reich zu trennen. Der Volksrat ausdruck betrachte sich nicht als eine dauernde Behörde, sondern nur als Sachwalter des deutschen Volkes bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung.

Als nächster Redner griff Unteroffizier Cornig den Volksrat heftig an. Der Volksrat, der aus eigenen Gnaden gebildet habe, über die Köpfe der Soldatenräte hinweg, habe

die Berliner AER im ganzen Reich in Verruf gebracht. Wenn man heute von dem Volkswillismus der Berliner spreche, so sei einsam und allein der Volksrat

Triumph. War sie jetzt auch machtlos — die Zukunft würde ihr Waffen in die Hand geben, um ihr Ziel zu erreichen.

Und dann war es geschahen — vor dem Gesetz war Josta Gräfin Ramborg geworden.

Am Arme ihres Gatten schritt sie durch die Reihen der Gäste.

Die Fahrt nach der Schlosskirche begann gleich darauf. Und eine Stunde später war auch die kirchliche Trauung zu Ende.

Josta stand bleich und still am Arme ihres Gatten und nahm an seiner Seite die Glückwünsche entgegen. Auch Graf Henning mußte nun zu den Neuvermählten treten. Aber er war nicht in der Lage, ein Wort zu sprechen. Stumm, mit krampfhaftem Druck, umarmte er den Bruder, und dann beugte er sich mit bleichem, zuckendem Gesicht über Jostas Hand und drückte sie an seine Lippen.

Das junge Paar war zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um Hennings Wesen zu beobachten, und den andern fiel seine Ergriffenheit nicht auf.

Nur Gräfin Gerlinde sah, daß er gleich darauf bleich wie ein Sterbender wieder in die Hintertische wandte. Sie hatte freilich ihre Selbstbeherrschung nötig genug. Mit großen starren Augen sah sie Henning einen Augenblick nach. Und dann richtete sie sich mit einem Ruck empor und trat ebenfalls an das Brautpaar heran. Mit einem krampfhaften Druck zog sie Josta in ihre Arme, und ihre Lippen formten langsam einen Glückwunsch. Aber in ihrem Herzen brannte ein anderer Wunsch, und weil sie fürchtete, ihre Augen könnten sie verraten, sah sie an Josta vorbei.

Als sie dann Rainer die Hand reichte, und dieser die Hand an die Lippen führte, gewann sie es über sich, einige Worte zu reden.

„Lieber Bester, du weißt, welche Wünsche für dich mein Herz bewegen. Ich werde beten, daß sie in Erfüllung gehen,“ sagte sie mit seltsam dunkler Stimme. Und noch einmal schloß sie dann Josta festig in ihre Arme.

„Auch für dich, Josta,“ fließte sie hervor.

(Fortsetzung folgt.)

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

49. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Im Jungfernschlößchen herrschte schon seit dem frühesten Morgen reges Leben und Treiben. Trohden die Hochzeit nur im engen Kreise gefeiert werden sollte, kamen doch immerhin gegen fünfzig Personen zusammen. Um zwölf Uhr traf Graf Rainer mit seinem Bruder zusammen ein. Graf Henning sah etwas bleich aus, und seine Augen blühten unruhig. Aber Graf Rainer schien ganz ruhig und gelassen.

Graf Henning hatte in der Nacht keine Ruhe gefunden. All die Wochen, seit der Verlobungsfeier, hatte er ernstlich mit sich gerungen, hatte mit Gewalt niedergezwungen, was bei Jostas Anblick in ihm wach geworden war. Und langsam war er ruhiger geworden, so ruhig, daß er glauben konnte, überwunden zu haben. Die Liebe zu seinem Bruder hatte ihm geholfen. So glaubte er, ohne Gefahr der Hochzeitsfeier beizuhören zu können.

Aber seit er gestern Josta wiedergesehen hatte, wußte er, daß alles vergeblich gewesen war. Mit elementarer Gewalt hatte ihn die Liebe zu der Braut seines Bruders gepackt und ließ ihn nicht mehr los. So scharf er auch mit sich selbst ins Gericht ging, so verdammenwert er sich selbst erschien — es half alles nicht. Sein Herz schrie nach Josta, und sein junges heißes Blut wollte sich nicht dändigen lassen.

Nur mit Aufwand aller Kraft und Energie vermochte er eine ruhige Miene zur Schau zu tragen. Die Hochzeitsgäste waren schon vollständig erschienen, als die Brüder im Jungfernschlößchen eintrafen. Auch Gräfin Gerlinde war schon anwesend, sie war mit Rittbergs gekommen. Auch sie sah auffallend bleich aus. Die Augen brannten wie im Fieber, und die Lippen glühten rot und heiß aus dem blassen Gesicht.

Der Minister war ebenfalls sehr ernst gestimmt, aber er war zu sehr Weltmann, um sich gehen zu lassen. Er plauderte scheinbar ganz heiter mit seinen Gästen und sorgte für einen ungezwungenen Ton.

Erst als er ein feines Kompliment. Sie sah trotz ihrer Blässe sinnverwirrend schön aus. Ein mattes Lächeln spielte um ihre Lippen, und sie zwang sich zu einem Scherzwort. Dann wurde sie von der Baronin Wittberg in Anspruch genommen, die sehr hübsch und stattlich aussah in einer lila Toilette. Darüber war Gräfin Gerlinde sehr froh. Die Baronin war keine zu scharfe Beobachterin und war froh, wenn sie unbehindert plaudern konnte. Wittbergs sorgten überhaupt durch ihre vergnügliche Stimmung für allgemeine Auflockerung.

Nachdem Rainer die Gäste begrüßt hatte, begab er sich hinaus, um seine Braut abzuholen und den Gästen zuzuführen. Der Akt der standesamtlichen Trauung und der Abschluß des Ehekontraktes sollte im Hause der Braut stattfinden. Daran sollte sich die kirchliche Feier in der nahen Schlosskirche schließen.

Als Graf Rainer sich entfernte hatte, um die Braut zu holen, trat Graf Henning unbemerkt in eine Fenster-nische hinter einen Vorhang, so daß er den Blicken der Anwesenden entzogen war. Das Blut wallte ihm jääh zum Herzen, als die Tür sich öffnete und Josta im Brautschmuck an Rainers Arm erschien. Seine Augen hefteten sich brennend und in stummer Qual auf das süße, blasser Gesicht der jungen Braut, die ernst und still an der Seite ihres Verlobten schritt. Er biß die Zähne aufeinander und umkrampfte den Knäuel seines Degens, als müsse er ihn zerbrechen.

Und nicht weit von ihm stand Gräfin Gerlinde, nicht minder bleich als Henning. Sie allein hatte ihn in seinem Besten gesehen, hatte in sein qualvollstes Gesicht geblickt. Aber jetzt, als sie Josta im Brautschmuck neben Rainer sah, hatte sie nicht Ruhe genug, Henning weiter zu beobachten. Sie mußte einen Moment die Augen schließen, als wollte sie nicht sehen, was nun geschah.

Dieses Schweigen herrschte in dem Festsaal während des feierlichen Abtes der gesellschaftlichen Beschließung. Weder Graf Henning noch Gräfin Gerlinde waren imstande, der feierlichen Handlung zu folgen. Sie hatten beide alle Kraft nötig, sich nicht zu verraten. Sie schaute einige Male mit brennenden Blicken in Graf Hennings verdecktes Gesicht. Und dann flammte es jedesmal alaband auf in ihren Augen, wie in wildem

darum Schuld. Aus diesem Grunde sei es notwendig, dem Volksgesetz eine Kontrolle beizugeben.

Su stürmischen Kämpfen. Die minutenlang jede Verhandlung im Hause unmöglich machten, und die zu scharfen persönlichen Zusammenstößen zwischen dem Redner und Vertretern der Regierung führten, kam es, als Gerhard vom Volksgesetzrat das Wort erhielt. Er unterzog die Tätigkeit des Volksgesetzrates scharfster Kritik. (Rollenbühne ruft: „Bügel“) Der Ireiter der Front, Abordnungen aus Bayern seien überhaupt nicht vorgelassen worden, weil der Vorsitzende Richard Müller die Wahl eines Stempels für den Volksgesetzrat des brennendsten politischen Fragen vorgezogen habe. Die Meinung des Volksgesetzrates sei ursprünglich für die Einberufung der Nationalversammlung gewesen, aber unter dem Druck linkssozialer Elemente habe das Plenum nicht gewagt, seine Ansicht kundzutun. Des Weiteren sind die Mitglieder dieser Körperschaft seien, beweise die Anfrage des Mitteldeutschen Ströbe in einer Sitzung, was denn überhaupt eine Nationalversammlung sei. (Ströbe bringt auf den Redner ein und bedroht ihn.) Die beiden Vorsitzenden hätten weit über ihre Machtbefugnis hinaus an wildtörende Menschen Vollmachten erteilt. (Stürmische Entrüstung.) In allen Fragen, die die Soldaten betreffen, habe

der Volksgesetzrat völlig versagt.

Scheidemann, der nunmehr von lebhaftem Beifall begrüßt zu Worte kam, führte aus, daß nach seiner Ansicht Rollenbühne die Lage der Osmannien viel zu schwarz ansehe. Es sei auch unpolitisch, an dieser Stelle derartige Ausführungen zu machen, weil dadurch in viele Familien schwere Sorgen hineingetragen würden. Der Redner forderte dann die Anwesenden auf, die Zeit nicht mit unnützen Streitereien zu verbringen.

Schließlich wurde die „Affäre Bala“ behandelt. Bala schilderte, wie er als aktiver Offizier dazu gekommen sei, in die revolutionäre Bewegung einzutreten. Im Verein mit Barth, Ledebour, Liebknecht und Daaße habe er alle Vorbereitungen zur Revolution mit getroffen und habe dieser Führern mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Dann sei seine Verhaftung in der Kaserne erfolgt, und er habe vor dem Untersuchungsrichter Mitteilungen gemacht, die er heute bebaure. Er habe jedoch keinen Verrat begangen, sondern nur aus Unklugheit gehandelt. Gegen Bala wendete sich unter lauten Protestrufen der Versammlung Richard Müller, indem er dessen Ausführungen durch Verlesung der Gerichtsakten zu entkräften suchte.

Nachdem noch mehrere Redner, darunter Leumann, Collin-Ros und zwei Vertreter der Ostfront, gesprochen und zur Einigkeit zwischen Arbeitern und Soldaten dringend gerufen hatten, beantragte Volksbeauftragter Barth die Einsetzung einer siebenköpfigen Kommission, die zu prüfen habe, ob die Soldatenvertreter im Volksgesetzrat Vertrauen verdienen oder nicht. Dieser Antrag wurde von verschiedenen Rednern unterstützt und nach weiterer fast zweistündiger Debatte zum Beschluß erhoben. Als Mitglieder der Kommission wurden auf den Vorschlag Müllers Vertreter von sieben Berliner Regiments gewählt. — Während der stürmischen Auseinandersetzungen hatten die Vertreter der Ostfront und aus Süddeutschland zeitweilig protestierend den Saal verlassen, bekehrten sich aber später wieder an den Verhandlungen. Morgen soll die Beratung fortgesetzt werden über die Frage der Nationalversammlung.

Die Pogrome in Lemberg.

1000 Tote, 12 000 Obdachlose.

Wien, 29. November.

Über die furchterlichen Judenmordeleien wird von Augenzeugen berichtet:

Am 15. November veröffentlichte die neubegründete polnische Zeitung „Robotnik“ einen Aufruf, worin eine Frau mittelste, Juden hätten polnische Legionäre aus den Fenstern mit heißem Wasser begossen. Die feierlichsten Versicherungen angegebener Juden der Stadt, daß die Behauptungen erlogen seien, blieben unbeachtet. Am 22. November begannen dann die polnischen Legionäre mit Blinderungen jüdischer und deutscher Geschäfte in der Karola-Ludwiga, der Hauptstraße Lembergs. Von dort zogen die Polen in das jüdische Viertel. Die Krakauer, Praguer und Lemberger Offiziere und Mannschaften der polnischen Legion bielten das Juden-viertel umzingelt. Nachdem sie sämtliche Juden und Deutsche, die sie unterwegs trafen, beraubt und die sich Wehrenden rücksichtslos niedergeschossen hatten, eröffneten sie Maschinengewehrfeuer gegen das Judenquartier. Die Herausstürzenden wurden mit Handgranaten und Gewehr-kugeln empfangen, so daß keine Seele entkommen konnte. Das ganze jüdische Viertel mit den Bethäusern, worin sich viele Familien versteckt hielten, wurde eingeschloßt. Wer nur den Mut hatte, sich hinauszubegeben, wurde niedergemetzelt. Das Straßenpflaster war mit verbluteten und verstümmelten Leichen bedeckt. Im Kino am polnischen Theater wurden die verstümmelten und verbluteten Leichen aufgestellt. Dieses Morden wehrloser Menschen dauerte vom 22. November früh bis zum 24. November nachmittags, zu welcher Stunde das polnische Kommando über ganz Galizien das Standrecht verkündete. Die Zahl der bei dem Lemberger Pogrom ermordeten Juden beläuft sich auf 1200, die der Obdachlosen auf 10 000 bis 12 000. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet, hat sich am 27. November eine aus mehreren Ententeoffizieren bestehende Kommission aus Budapest nach Lemberg begeben, um an Ort und Stelle Erhebungen über die Judenpogrome anzustellen und den Regierungen der Ententeomächte ausführlichen Bericht zu erstatten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die am 12. November erlassene politische Amnestie soll nach neueren Verfügungen der Reichsregierung möglichst weitberzig ausgelegt werden. Unter politischen Straftaten sind alle Straftaten verstanden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Ordnung begangen worden sind, ohne Rücksicht darauf, unter welchen rechtlichen Gesichtspunkten die Strafe verhängt ist oder bei einer Niedererschlagung zu verhängen sein würde. Nicht einbezogen sind Straftaten, bei denen der Täter, ohne daß ein solcher Zusammenhang besteht, lediglich aus eigenem Willen Beweggründen gehandelt hat. Die Straffreiheit bewirkt auch, daß die Pflicht zur Reuestrafung in Wegfall kommt.

Ein lebhafter Protest gegen die Auflösung des preussischen Landtages richtet außer dem Präsidenten des Herrenhauses auch der Vizepräsident des Landtages an die Regierung. Der Vizepräsident des Abgeordneten-hauses, Dr. Borch, betont, daß die Auflösung des Abgeordneten-hauses jeder gesetzlichen Unterlage entbehre. Dieses sei die Ansicht der Mehrzahl der Parteien des Hauses.

Zur Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten fordern in einem gemeinsamen Aufruf sämtliche landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände auf. Danach ist ein solcher Rat in jeder selbständigen Gemeinde zu wählen. Die Räte sind in der Regel einer benachbarten Gemeinde anzugliedern. Jeder Rat muß aus mindestens sechs Personen bestehen und zu gleichen Teilen

aus den Kreisen der im Hauptberuf selbständigen Landwirte und Arbeiter bzw. der landwirtschaftlichen Landbevölkerung gebildet werden. Für den Bereich jeder unteren Verwaltungsbehörde ist an deren Sitz ein Kreis (Bezirks- und dergl.) Bauern- und Landarbeiterrat zu bilden. Die großen Körperschaften selbst bilden einen Zentralbauern- und Landarbeiterrat in Berlin, der Anweisungen und Ratsschlüsse erteilt.

Auf Grund neuer Verhandlungen über vereinfachte Reifeprüfungen für Kriegsteilnehmer zwischen den deutschen Unterrichtsverwaltungen können nunmehr auch solche Kriegsteilnehmer, die früher keine höhere Schule besucht haben oder in einer solchen nicht bis zur 6. Klasse aufgestiegen sind, zur Kriegszeitprüfung zugelassen werden. Voraussetzung ist: 1. daß sie mindestens die Prüfung für den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung zum ein-jährig-freiwilligen Dienst oder die erste Prüfung für den Volksschuldienst abgelegt haben; 2. daß sie sich nach Er-stellung dieser Prüfungen mindestens ein Jahr lang in ausreichendem Maße auf die Kriegszeitprüfung vorbereitet haben.

Frankreich.

Mit der weiteren Entwicklung in Deutschland beschäftigt sich die französische Presse sehr eingehend. Einige Blätter, besonders „Matin“ und „Sonne Libre“, lassen dabei erkennen, daß sie für den Fall, daß die Liebknecht-gruppe die Oberhand gewinnt, mit der Auflösung Deutsch-lands rechnen. Dadurch würde nach Ansicht des „Matin“ jegliche Wendung deutschseits unmöglich gemacht. Allein, es wäre die Frage, ob die deutschen Staaten dann noch zahlungsfähig bleiben würden. Rame es aber zu einer militärischen Reaktion in Deutschland, so würde das die Fortsetzung des Krieges bedeuten.

Bei dem Besuch des englischen Königs bei Poincaré hielt ersterer eine Rede, in der er u. a. aus-sagte: Wir erinnern uns der wiederholten verzweifeltsten Versuche der feindlichen Armeen, Paris zu erreichen, welche jedoch durch den Mut der französischen Armee und mit Unterstützung der Bundesgenossen stets vereitelt wurden. Herr Präsident! In diesem tödlichen Ringen haben Franzosen und das englische Volk einander schätzen und die gegenseitigen Ideale vertieft gelernt. Ich hoffe, daß dieser Bund stets fester wird und einem dauernden Frieden und dem Fortschritt der Völker zum besten ge-reichen wird.

Schweiz.

Der Bundesrat hat die Nichtanerkennung der bayerischen Regierung beschlossen und lehnt es ab, mit dem neuen bayerischen Gesandten Foerster in Verbindung zu-treten. Eine Anerkennung der bayerischen Regierung könne erst nach der Nationalversammlung erfolgen. Die Schweiz wird nach wie vor den diplomatischen Verkehr mit dem bisherigen bayerischen Gesandten in Bern aufrechterhalten, der seinerseits die neue bayerische Regierung ebenfalls nicht anerkennt.

Vom Tage.

Keine Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien mehr.

Berlin, 29. Nov. Nach einer am 15. Dezember d. J. in Wirkung tretenden Bestimmung des Rates der Volks-beauftragten wird die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien gänzlich beseitigt. Außerdem wird der Achtstun-den-tag eingeführt.

100 Millionen zur Behebung der Bauzuchtigkeit.

Berlin, 29. Nov. Wie wir aus dem Reichsarbeitsamt erfahren, haben die Vorstehenden des Rates der Volks-beauftragten sich damit einverstanden erklärt, daß zur Wieder-behebung der Bauzuchtigkeit sowie zur Errichtung von Not- und Behelfsbauten Baukostenzuschüsse aus Reichsmitteln bis zum Betrage 100 Millionen Mark gezahlt werden können.

Zukünftige Gestaltung Groß-Berlins.

Berlin, 29. Nov. Eingehende Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung Groß-Berlins wurden in den letzten Tagen im Ministerium des Innern geführt. Die Vorarbeiten zu einer Vereinigung sämtlicher in wirtschaftlichem Zusammen-hang stehender Gemeinden zu einer Gemeinde Groß-Berlin sollen unverzüglich beginnen.

Neuer württembergischer Gesandter in Berlin.

Stuttgart, 29. Nov. Der sozialdemokratische Reichstags-abgeordnete Hildbrand soll als Gesandter der württem-bergischen Republik nach Berlin gehen.

Die Internierung der Mackensen-Armee.

Budapest, 29. Nov. Die Armee Mackensen, bestehend aus ungefähr 170 000 Mann und zahlreichem Kriegs-materiel, wird in Ungarn interniert. Dieser Beschluß wurde im gestrigen Ministerrat auf Wunsch der französischen Regierung gefaßt. In Anbetracht der Zwangslage hat Mackensen seine Einwilligung dazu gegeben.

Diese Maßnahme wurde bereits in Berlin bei der Sitzung der Soldatenräte erwähnt.

Das Einkommen der Volksbeauftragten.

Berlin, 29. Nov. Anlässlich der Auseinandersetzungen über die starken Geldausgaben im Berliner Volksgesetzrat der USR wird festgestellt, daß die Volksbeauftragten, die sechs Herren der Regierung, nur eine Dienstaufwandsentschädigung beziehen, die ihrer vom frühen Morgen bis in den späten Abend währenden Inanspruchnahme angemessen erscheint, und die nur ungefähr ein Fünftel der Bezüge beträgt. Die früher der Reichskanzler erhalten hat.

Serbisch-rumänische Konflikte.

Budapest, 29. Nov. Der serbische Kommandant von Orfoma hat die rumänische Nationalgarde in Mehadia und Umgebung entwaffnet und den Büchern der rumänischen Agitationsbewegung mitgeteilt, sie im Wiederholungs-falle ihrer den öffentlichen Frieden gefährdenden Umtriebe als Geiseln in Verwahrung zu nehmen.

Bukarest in Flammen.

Wien, 29. Nov. Der Ausbruch blutiger Bauernaufstände wird amtlich bestätigt. In Bukarest stehen ganze Straßen-lage in Flammen.

Entbehrte Erzherrzog.

Graz, 29. Nov. Der Bürgermeister von Graz teilte in einer Verammlung mit, der ehemalige österreichisch-ungarische Armeeoberkommandant Erzherrzog Friedrich habe, wenn er den Kaiser besuchte, für den Tag 30 000 Kronen Aufwendungskosten erhalten. Erzherrzog Leopold Salvator, der Schutzherr des österreichischen roten Kreuzes, habe für diesen Ehrenposten jährlich 200 000 Kronen bekommen.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Genf, 29. Nov. Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover nahm in Paris sofort seine Arbeit auf. Er wird von einem großen Mitarbeiterstab unterstützt. Hoover will eine Verammlung aller jetzt alliierten Kommissionen in Brüssel zusammenberufen, um die deutschen Forderungen zu prüfen und festzulegen, inwieweit ihnen entsprochen werden könne.

Der Andrang zum Friedenskongress.

Genf, 29. Nov. Bei den Alliierten besteht die Absicht, eine Vorlesung zum Friedenskongress in Paris abzuhalten. Die Zahl der gemeldeten Delegierten ist so groß, daß alle Pariser Hotels jetzt schon vermietet sind.

Die Liga der Nationen.

Genf, 29. Nov. Aus New York wird gemeldet, Wilson werde bei seinem Aufenthalt in Europa die Liga der Nationen begründen. Die Liga soll einen Präsidenten erhalten, der für Lebenszeit gewählt wird.

Der Vormarsch der Alliierten.

Genf, 29. Nov. Amtlich wird aus London gemeldet, die britischen Vorhuten haben bei Beben und Stavelot die deutsche Grenze erreicht. Die Zahl der seit dem 11. November erbeuteten Kanonen beträgt 1400.

Thronverzicht in Luxemburg gefordert.

Genf, 29. Nov. Die Luxemburger Kammer hat die Großherzogin aufgefodert, dem Thron zu entsagen.

Deutsch-Österreichischer Schicksal.

Wien, 29. Nov. Die „Bühner Morgenzeitung“ meldet aus Paris, die Entente werde dem Anschluss Deutsch-Öster-reich an Deutschland niemals zustimmen, wohl aber an Bayern. Außerdem würden Pläne ausgearbeitet zur Ver-einigung aller aus der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn entstandenen Republiken.

Brand auf einem Militärtransportschiff.

Wien, 29. Nov. Nach einer aus Spalato eingetroffenen Meldung brach auf einem Militärtransportdampfer, auf dem sich ungefähr 2800 Soldaten und zahlreiche Offiziere auf des Heimreise von Dattiba befanden, zwischen Cattaro und Trieste ein furchtbarer Brand aus. Nahezu 200 Mannschaften und einige Offiziere fielen dem Brand zum Opfer.

Ein Weltluftdienst.

Genf, 29. Nov. England bereitet einen ausgedehnten Weltluftdienst vor und errichtet Stationen in Frankreich, Italien, in den nordischen Staaten, in Indien und Südafrika. Eine Reisekontrollen ist vorgesehen.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 2. Dezember 1918.

* Durch einen Armeebefehl des Generalobersten v. Boehn wird die Gruppplacht der Heeresangehörigen wieder hergestellt. Entlassene Mannschaften unterliegen dieser Gruppplacht so lange, als sie durch Tragen der Abzeichen ihre Zugehörigkeit zum Heere bezeugen. Sie haben also entweder zu grüßen oder die Abzeichen zu entfernen.

* (Versammlungen.) Am Samstag abend fand im „Nassauer Hof“ eine Bürgererversammlung statt, in der ein Bürgerrat gewählt wurde. — Weiter fand am Sonntag nachmittag in demselben Lokale eine Versammlung der unabhängigen Sozialdemo-kraten statt, in der ein Mitglied des Arbeiterrates der Stadt Frankfurt, Winter, über die „Revolution und das arbeitende Volk“ redete.

* Herr Sanitätsrat Dr. Weinberg schreibt uns: Der sicher-moßgemeinte Artikel in Nr. 280 Ihrer Zeitung mit seiner Mahnung zur „Vorsicht bei Einquar-tierung“ hat, wie verlautet, lebhafteste Beunruhigung und Aufregung in der Bürgerschaft hervorgerufen. Es dürfte deshalb von Nutzen sein, darauf hinzuweisen, daß Ueber-tragung von Geschlechtskrankheiten durch Aborte etwas äußerst Seltenes ist und eine einfache Reinigung der Abortifuge durch Abseifen zur Verhütung sicher genügt. Wichtiger ist zum Schutze vor Uebertragung von Ge-schlechtskrankheiten, Verlaufsung, Krätze u. dgl. jede Be-rührung von Haut auf Haut (also auch das Handgeben) zu vermeiden. Da es also leicht ist, sich zu schützen, braucht keine Beunruhigung die Bewillkommnung un-serer Soldaten zu stören.

Schönbach. Der Unteroffizier Karl Rumpf (1. Garde-Regt. z. F.), Sohn des Bürgermeisters Rumpf, wurde mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse aus-gezeichnet.

Gladenbach. In der Kreuzmühle bei Kirchovers wurde zu nächstlicher Stunde eingebrochen. Der Mäh-lenbesitzer Einbrecht rückte den beiden Einbrechern je-doch mit dem Gewehr zu Leibe und brachte ihnen Schuß-verletzungen bei. Der eine entkam und der andere wurde in die Warburger Klinik gebracht. Es handelt sich um zwei aus einem Lager entflozene russische Ge-fangene.

Wirges. Bei dem Ueberdrehen der Bahn ge-riet im Nebel das Fahrzeug einer Artillerie-Wagen-Ko-lonne unter einen herandräufenden Eisenbahnzug. Ein

Gasgefüllte
Wotan-Lampen
sind zeitgemäß

Die Edelgas Füllung
ermöglicht
höchste Ausnutzung
des Stromes.

in Herborn zu haben bei
Gustav Blecher, Elektrotechnische Werkstätte.

Kanonier wurde derart schwer verletzt, daß der Tod sofort eingetreten ist.

Braubach. Einige Wirte haben einen Abschlag des Weinpreises für 1918er eintreten lassen. Zweigehntel kosten jetzt 80 Pfg. gegen seither 1 Mark.

Postdiebstähle. Während der Unruhen der letzten Wochen sind in den früheren von uns besetzten Gebieten umfangreiche Postdiebstähle vorgekommen. So sind in Belgien in wenigen Tagen nicht weniger als 11 Eisenbahnwagen mit Postsendungen völlig ausgeraubt worden; in Ungarn sind nicht weniger als 18 Waggons mit 29 000 Paketen der deutschen Post Räubern in die Hände gefallen.

Der Weihnachtspostverkehr. Vom 16. bis 24. Dezember treten im Paketverkehr einige Einschränkungen ein. Pakete mit Wertangaben werden zur Beförderung nur angenommen, wenn sie, abgesehen von Mitteilungen über den Inhalt, ausschließlich Bargeld, Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine u. dergl. enthalten. Für die gleichen Tage werden bringende Pakete und Güterbestellungen von gewöhnlichen Paketen nicht angenommen. Zur Sicherung der pünktlichen Zustellung und zur Vermeidung von Störungen im Postverkehr ist die frühzeitige Auflieferung der Weihnachtssendungen notwendig. Es ist zweckmäßig, in den mit dauerhafter Aufschrift versehenen Paketen eine Abschrift der Aufschrift beizulegen und auf der Paketaufschrift den Absender anzugeben. — Postsendungen, die von Arbeitsnachweisen aller Art zur Unterbringung von Erwerbslosen oder Angelegenheiten der Demobilisierung betreffen, werden unter dem Vermerk „Heeresliste“ für die Dauer der Demobilisierung gebührenfrei befördert. Voraussetzung ist, daß die Arbeitsnachweise ihre Sendungen mit dem Dienststempel einer Reichs-, Staats- oder Gemeindebehörde versehen lassen. Ortsbefehle müssen freigegeben werden.

Wegen der bevorstehenden Weihnachtsferien richtet die Postverwaltung nachstehende Wünsche an die Absender, deren Erfüllung wesentlich dazu beitragen würde, die glatte Abwicklung des Weihnachts-Paketverkehrs zu erleichtern. Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungsmittel recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar herzustellen, der Name des Bestimmungsorts unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort nebst Wohnung zu vermerken; die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern und, wenn irgend möglich, freizumachen.

Entfernung der roten Fahne von der Leipziger Universität. Die vom U.S.R. auf dem Universitätsgebäude gehissten roten Fahnen sind über Nacht von feindlichen Studierenden entfernt worden. Der Rektor hat darauf die Universitätsflagge hissen lassen. Eine Soldatenabordnung, die im Namen des U.S.R. die obermögliche Hissung der roten Fahnen verlangte, wurde vom Rektor an das Kultusministerium als der vorgesetzten Universitätsbehörde verwiesen.

Unter falschem Verdacht verhaftet wurde vor einigen Tagen der Beamtenstellvertreter Rohmann. Es hat sich nun herausgestellt, daß Rohmann die Neben Waggons Lebensmittel und sonstige Waren im Werte von 500 000 Mark ordnungsgemäß in dem Expeditionspeicher in der Lindenstraße in Berlin eingelagert und ganz im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt hatte. Nach dieser Aufklärung sind Rohmann und die Transportbegleiter wieder auf freien Fuß gesetzt worden; die beschlagnahmten Waren, die der Marktebene der Garde-Erlass-Division gehören, sind wieder freigegeben worden.

Eisenbahnunglück bei Treptow. Acht Arbeiter, die zu einer mit der Reparatur von Geleisen beschäftigten Kolonne gehörten, wurden von einem in diese hineinfahrenden Eisenbahnzuge unweit Treptow (bei Berlin) getötet. Der Kassenführer hatte zur rechten Zeit das Warnungssignal für einen nach dem Güterbahnhof fahrenden Zug gegeben. Die Arbeiter traten dann auch auf das Nebengleis, überließen aber, da der Rauch der Lokomotive niederlag, das Herannahen eines in entgegengesetzter Richtung gehenden Zuges. Im selben Augenblick fuhr dieser in die Arbeiter hinein.

Die Zahl der Wähler. Nach Mitteilungen verschiedener Blätter soll infolge der Ausdehnung der Wahlberechtigung die Zahl der Wähler etwa 40 Millionen betragen. Diese Zahl ist, wie die Volkische Zeitung nachweist, zu hoch gegriffen. Die amtliche Statistik weist nach, daß es bei der letzten Volkszählung im Dezember 1910 64 925 000 Einwohner in Deutschland gab. Davon waren 1 259 000 Ausländer. Im Alter von 20 Jahren und darunter standen 29 567 000 Einwohner. Zieht man diese 29 567 000, die noch nicht in wahlberechtigtem Alter auf Grund des neuen Wahlrechts standen, von der Gesamtzahl der Einwohner ab, so bleiben selbst wenn man die fünf Viertel Millionen Ausländer nicht berücksichtigt, im Höchstfalle 35 Millionen Wähler für die Nationalversammlung übrig.

Kein Streik im Ruhrkohlenrevier. Entgegen den alarmierenden Nachrichten über den Ausbruch eines Streiks im Ruhrkohlenrevier kann erfreulicherweise mitgeteilt werden, daß das Ruhrgebiet von der unsinnigen Streikluft noch frei ist. Nach einem Telegramm aus Bochum sind alle Bechen am Arbeiten.

Der Leiter des Sicherheitsdienstes im Berliner Polizeipräsidium Brins wurde seines Amtes enthoben, weil seine Person nicht die genügende Gewähr für einen solchen verantwortungsvollen Posten biete. Er hatte u. a. die Röhungen an die Mannschaften ausbezahlt, und zu diesem Zweck wurden ihm 36 000 Mark vom Polizeipräsidenten eingehändigt. Der weitaus größte Teil dieser Summe ist richtig an die Mannschaften ausgezahlt worden, hinsichtlich der Verwendung des Restbetrages fehlen die Belege. Brins, ein Mann von etwa 30 Jahren, hat ein ziemlich abenteuerliches Leben hinter sich. Er diente unter anderem in der Fremdenlegation, wo er es bis zum Leutnant brachte. Bei Ausbruch des Krieges wurde er als Unentschiedener eingezogen; er bewährte sich aber als Soldat und brachte es bis zum Wachtmeister; infolge seiner großen Tapferkeit hat er sich auch eine ganze Reihe von Ordenszeichen erworben. In den Revolutionstagen schwang er sich zum Leiter des Sicherheitsdienstes auf, und der Polizeipräsident bestätigte ihn in diesem Amt, dessen er nun nicht mehr als würdig befunden wurde. Die Leitung des Sicherheitsdienstes befehligt jetzt aus dem Obersten Paul Krüger, dem Musikleiter Fleischmann, dem Sanitätsfeldwebel und dem Arbeiter Rat Swoboda, in Vertretung Landsturmmann Anderich.

Ein deutscher Luftpostdienst. In nächster Zeit will man, so berichtet das Berliner Tageblatt, dazu übergehen.

einen Luftpostdienst einzurichten, der Berlin mit allen größeren Städten verbinden soll. Es ist zunächst in Aussicht genommen, drei Linien festzulegen, die die Reichshauptstadt mit dem Süden, Osten und Westen Deutschlands verbinden. Man wird zur Beförderung der Post die während des Krieges bewährten schweren Flugzeuge benutzen, die eine Nutzlast bis zu sechzig Zentnern zu befördern vermögen, um einerseits möglichst viel Postfaschen senden zu können, andererseits den Preis für die auf dem Luftweg beförderten Briefe nicht allzu hoch schrauben zu müssen.

Ein neuer Komet wurde am 23. November von dem Direktor der Hamburger Sternwarte in Bergedorf, Schuur, im Sternbild des Stiers auf photographischem Wege entdeckt. Er ist sehr lichtstark, von der Helligkeit 14. Größe und bewegt sich in westlicher Richtung fort.

Rückgang der Geburten in Berlin während des Krieges. In Berlin ist die Zahl der Geburten vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1917 gesunken von 42 493 auf 19 458, die Zahl der Todesfälle gestiegen von 28 067 auf 34 122 (ohne die Gefallenen und im Lazarett Gestorbenen). Hatte im Jahre 1913 die Zahl der Lebendgeborenen in Berlin die der Gestorbenen um 12 766 übertrifft, so übertrug umgekehrt im Jahre 1917 die Zahl der Toten die der Geborenen um 15 397.

Starke Senken der ungarischen Weinpreise. Aus Budapest wird dem „Neuen Wiener Tagblatt“ berichtet: Die Weinpreise in Ungarn sind infolge des Alkoholverbotes sowie der Einstellung des Seereiseverkehrs stark zurückgegangen. Die Weine sind um 40 bis 50% billiger als vor vier Wochen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Anzeigen.

An- und Verkaufsgenossenschaft.

Zur Frühjahrsausgabe nimmt unser Rechner Schäfer Bestellungen in Deutschem Alee, Ewig-Alee, Inkarnat-Alee bis Montag, den 9. d. M. entgegen.
Der Vorstand.

Hilfsdienstmeldestelle Herborn und Städtischer Arbeitsnachweis Kaiserstraße 28

vermittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.
Dienststunden: 8—12 Uhr vormittags,
3—7 Uhr nachmittags.

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom

2. Dezember ds. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4½% Schahanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4½% Schahanweisungen von 1918 Folge VIII findet gemäß unserer Anfang ds. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November ds. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Lebensmittelversorgung.

Am Mittwoch Verkauf von Kaffee-Ersatz gegen Abrechnung von Abschnitt Nr. 4 der Lebensmittelkarten in folgenden Verkaufsstellen:

Nr. 1—800	Kaisers Kaffee-Geschäft
„ 801—1600	Gust. Meckel
„ 1601—2400	Karl Nährlein
„ 2401—3200	Aug. Kurech
„ 3201—4000	Friedr. Zipp
„ 4001 ab	Konsum Sandweg

Herborn, den 2. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Ortsbefehl Nr. 1.

Zapfenstreich für Herborn wird hiermit auf 12 Uhr nachts festgesetzt und haben die Wirtschaften punkt 12 Uhr zu schließen.

Personen, welche nach 12 Uhr nachts ohne Ausweis auf der Straße betroffen werden, haben Festnahme zu gewärtigen.

Herborn, den 2. Dezember 1918.

Ortskommandantur:
Drepper, Hptm. d. Edw.

An der Spitze steht
Dr. Gentners Delwachslederputz

Nigrin

denn er entspricht allen Anforderungen:

Gibt wasserfesten Hochglanz, macht das Leder weich, wasserfest und dauerhaft, verdirbt auch bei strengster Kälte nicht.

Hersteller auch des beliebten Parfums bodeuwaches Kobrin:
Carl Gentner, Göttingen.

Pferdefleisch

täglich zu haben so viel einer haben will ohne Marken.
M. Kehler, Pferdemeßger, Gießen.

Medizinische Baseline

empfiehlt

Drogerie A. Doeind.

Preisliste kostenlos!

Alle Formen tells schon tragende

Obstbäume

Beerensträucher

sowie

Rosen

Ziersträucher und

Alleebäume

empfiehlt

Siegerländer

Baumschulen

Willi Pätzold,

Weidenau (Sieg)

Billigste Preise!

Machen Sie eine

Probefestellung.

Neuer

Drogerieschrank

mit Inhalt

zu verkaufen. Näheres in

der Geschäftsst. ds. Bl.

Junge, frischmelkende

Ruh

(gute Fahrkuh) mit Kalb

zu verkaufen.

Johannes Heuser,

Kölshausen bei Wehlar.

Kosmetol-Creme

vorzüglich für Gesicht und

Hautpflege empfiehlt

Drogerie A. Doeind.

Zwei hochtrachtige

Schafe

zu verkaufen.

Johannes Heuser,

Kölshausen bei Wehlar.

Evangel. Kirchenchor.

Dienstag abend 8½ Uhr:

Gesangstunde.